D-01/02 Dringlichkeitsantrag: Unsere Freiheit und die der Ukraine bewahren. Europäische Sicherheitsordnung schützen.

Antragsteller*in:	Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Status:	Zurückgezogen

Titel

Ändern in:
Unsere Freiheit und die der Ukraine bewahren, Europäische Sicherheitsordnung schützen

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 1 bis 9:
Seit Antragsschluss zur BDK haben sich entscheidende Entwicklungen im Zusammenhang mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ergeben: Die Demokratische Volksrepublik Korea beteiligt sich nunmehr auch mit eigenen Truppen an Kampfhandlungen, der ~~russischen Vollinvasion stehen wir~~ukrainische Präsident Selenskyj hat einen – von Fachleuten als unrealistisch eingestuften – „Siegesplan“ vorgestellt. Zudem wurde im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) des Bundestages eindringlich vor ~~einer historischen Zäsur~~Russlands systematischen Desinformationskampagnen in Deutschland gewarnt.
Letztlich wird die Wahl des neuen US-Präsidenten Donald Trump den weiteren Kriegsverlauf massiv beeinflussen, da eine weitere Unterstützung durch die USA, schon gar nicht auf dem extrem hohen finanziellen Niveau in Bidens Amtszeit, nicht mehr zu erwarten sein wird. ~~der~~Die europäischen ~~Sicherheitsordnung sowie an einem globalen neuralgischen Punkt~~Mitglieder der ~~Völkerrechtsgeschichte, an dem unsere~~ Nato werden dies in keiner Weise ausgleichen können.
Die russische Invasion brachte eine historischen Zäsur der europäischen Sicherheitsordnung. Unsere Haltung und unser Handeln werden darüber entscheiden ~~werden~~, ob unsere ~~regelbasierte Ordnung~~Ordnung, welche die UN-Charta und das Völkerrecht beachtet, ihre gegenwärtige Krise übersteht oder ~~nicht~~ob militärische Gewalt/das Recht des Stärkeren sich durchsetzt. Gerade unsere grüne Kernprogrammatik – zivile Konfliktbewältigung im Sinne eines breiten und vernetzten Sicherheitsbegriffes und dekolonialer Ansätze – erfordert dringend an diesem neuralgischen Punkt beherztes Handeln. Zu all diesen Entwicklungen bedarf es ~~dringend~~baldigst einer parteiinternen Debatte und Positionierung.
1. Nordkorea (Demokratische Volksrepublik Korea)
Durch den Einsatz nordkoreanischer Truppen im Ukrainekrieg ist eine neue Situation im Kriegsgeschehen entstanden. Dieser Einsatz könnte eine Eskalation auf der koreanischen Halbinsel provozieren und stellt eine massive Bedrohung nicht nur für die Ukraine, sondern auch für die europäische sowie asiatische Sicherheitsarchitektur (Southeast Asia Treaty Organization, SEATO) dar. Die militärische Allianz zwischen Russland und Nordkorea ist ein klares Zeichen dafür, dass Moskau auf eine internationale Eskalationsstrategie setzt, aber auch dass die Opferzahlen in Russland mittlerweile eine innenpolitische Rolle spielen.
2. Friedensplan und atomare Gefahren
Die Situation der Ukraine ist entscheidend für die Zukunft der europäischen Sicherheitsordnung. Für einen stabilen und nachhaltigen Frieden sind Sicherheitsgarantien für die Ukraine essentiell. Diesbezüglich hat der ukrainische Präsident auf dem EU-Gipfel und dem parallel stattfindenden NATO-Treffen in Brüssel seinen sogenannten "Siegesplan" vorgestellt. Dabei hat er ausgesprochen, dass eine nukleare Bewaffnung der Ukraine die einzige Alternative zu einer NATO-Mitgliedschaft sei. Die unverantwortliche Drohung Selenskyjs, die ukrainische Sicherheit durch den Besitz von Atomwaffen

sicherstellen zu wollen – sollte sie nicht NATO-Mitglied werden und/oder entsprechende Sicherheitsgarantien erhalten – verdeutlicht, wie groß die Gefahr eines nuklearen Schlagabtausches durch die Eskalation des Krieges ist. Statt eine friedensfördernde Wirkung zu haben, führt diese Drohung zu einer weiteren Verschärfung der globalen Sicherheitslage. Eine nukleare Aufrüstung der Ukraine ginge derzeit nicht aus eigener ukrainischer Kraft, sie wäre schon gar nicht von dieser zu finanzieren und würde so die unterstützenden Staaten nach Russlands Doktrin zum direkten Angriffsziel machen.

3. Deutschland im Visier Russlands: systematische Desinformations- und Propagandakampagnen

Russland betrachtet die Bundesrepublik Deutschland und den Westen schon seit längerer Zeit als Kriegsgegner und führt bereits einen hybriden Krieg gegen den Westen. Deutschland ist dabei eines seiner Hauptziele. Dies wurde in der jüngsten öffentlichen Anhörung des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) deutlich, bei der systematische russische Desinformations- und Propagandakampagnen, durchgeführt durch Geheimdienste und sogenannte "Trollfabriken", im Zentrum standen. Diese Angriffe zielen darauf ab, unsere Demokratie zu destabilisieren und das Vertrauen in unsere Institutionen zu untergraben. Dabei beschränken sich die russischen Aktivitäten nicht nur auf digitale Angriffe: Cyberangriffe, Sabotageakte, Spionage und sogar Auftragsmorde sind Teil der russischen Außenpolitik geworden. Ein aktuell alarmierendes Beispiel ist die Einmischung in das Referendum in der Republik Moldau und in die Wahl in Georgien, wo Moskau Maßnahmen ergriffen hat, um freie und faire Wahlen zu torpedieren.

4. Russland rüstet massiv auf, liegt aber immer noch weit hinter der NATO

Parallel dazu baut Russland seine konventionellen Streitkräfte massiv aus und strukturiert diese neu. Es hat seine Ökonomie auf Kriegswirtschaft umgestellt, 2025 soll der Verteidigungsbereich um 22 % wachsen, der Etat läge dann bei knapp 130 Milliarden €. (Zum Vergleich: allein der Etat von GB, Frankreich, Deutschland, Polen und Italien liegt in der Summe bei ca. 310 Milliarden €, der Etat der USA bei 968 Milliarden US-$) Es wird behauptet, dass Russland spätestens gegen Ende dieses Jahrzehnts personell und materiell in der Lage sein wird, einen Angriff gegen einzelne NATO-Länder zu starten, ohne eine sofortige Niederlage fürchten zu müssen. Und: Putins strategische Ziele gingen längst über die Ukraine hinaus – er sähe sich in einer Konfrontation mit dem Westen, und müsse der aus seiner Sicht gegebenen Bedrohung begegnen.

In Anbetracht des Drucks, den eine Eskalation bringen wird, sei es unabdingbar, dass wir uns im kommenden Bundestagswahlkampf als die Partei profilieren, die diese bedrohliche Lage verstanden hat und handelt.

Dem ist zu widersprechen. Auch wenn die Gefahr eines russischen Angriffes durchaus besteht, könnte die NATO selbst ohne die USA militärisch so dagegenhalten, so dass ein Angriff nicht erfolgreich wäre. Was nötig bleibt, ist, dass die Unterstützung der Selbstverteidigung der Ukraine, aber vor allem diplomatische Vermittlungen und Initiativen, um das dauerhafte Sterben zu beenden, vorangetrieben werden. Der langanhaltende Krieg destabilisiert die gesamte Region und Westeuropa.

Resümee

Die EU und die NATO müssen zukünftig nicht nur mit möglichen russischen Angriffen rechnen. Sie müssen vor allem ihre internationale Politik ändern, um von den Ländern außerhalb unserer Bündnisse als glaubhafter Partner anerkannt zu werden. Andernfalls droht eine breite Allianz gegen den Westen. Die von der Ukraine geforderte Lieferung von weitreichenden Waffen und die Genehmigung ihres Einsatzes befördert eine Eskalation. Unsere Zögerlichkeit weder das eine noch das andere zu tun, löst kein einziges Problem. Wir müssen also als eine der führenden Mächte endlich in Richtung einer nichtmilitärischer Konfliktlösung aktiv werden. Dabei muss die militärische Unterstützung der Ukraine in der Verteidigung gegen die gemäß Kapitel VII UN-Charta völkerrechtswidrigen Angriffe Russlands auf zivile Ziele gestärkt werden. Ernsthafte diplomatische Lösungen und echte Friedensverhandlungen müssen gleichzeitig vorangetrieben werden. Wir als Bündnis 90/Die Grünen können und müssen eine starke Stimme der Unterstützung in diesem Zusammenhang sein – auch mit Blick auf unsere Geschichte und unsere Beschlusslage. Wir müssen uns in unseren bevorstehenden programmatischen Debatten

und Wahlkämpfen auch dezidiert positionieren.
Die BDK beschließt vor dem Hintergrund dieser kritischen Lage:

1. Aktive Unterstützung von diplomatischen Initiativen neutraler Staaten (u.a. des Globalen Südens) und deren Intensivierung mit dem Ziel, schnellstmöglich einen Waffenstillstand und in der Folge Friedensverhandlungen einzuleiten

2. Deutliche Positionierung für Schutzgarantien für die Ukraine im Fall eines Friedensschlusses

3. Deutliche Stärkung der ukrainischen Verteidigungsfähigkeit vor allem der zivilen Ziele unter Einbeziehung von Konzepten sozialer Verteidigung, aber auch eines funktionierenden „Iron Dome“

4. Unterstützung der Ukraine bei Aufbau und Stärkung einer dezentralen Energieinfrastruktur

5. Zugehen auf die bisherigen Unterstützer Russlands wie BRICS oder Vermittler wie die Türkei und Aufgreifen deren Vorschläge (z.B. Chinas 12-Punkte-Plan), um Bündnisse gegen die Ordnung der UN-Charta und des Völkerrechtes zu verhindern

6. Klare Positionierung, dass eine atomare Bewaffnung der Ukraine nicht akzeptabel ist

7. Das außenpolitische Profil von Bündnis 90/Die Grünen als Partei hervorheben, die konsequent an der Seite der Angegriffenen steht und für die Bewahrung von Menschenrechten, unserer europäischen Sicherheitsordnung und eine regelbasierten Weltordnung, die sich auf die UN-Charta und das Völkerrecht gründet, einsteht

8. Priorisierung dieser Fragen im (außenpolitischen) Programmprozess und im Bundestagswahlkampf.

HINWEIS: dieser Antrag ist eine Globalalternative und ersetzt somit den vollständigen weiteren Text des Antrages

Begründung

folgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Bettina Deutelmoser (BV Bundesverband); Julia Hager (KV Bad Dürkheim); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Hans-Jürgen Iske (KV Ammerland); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); Waltraud Waidelich (KV Plön); Berti Furtner-Loleit (KV München); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Birgitta Tremel (KV Schwerin); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Bernadette Eisenbart (KV Vogelsberg); Andreas Knoblauch (KV Salzgitter); Walter Zuber (KV Aurich-Norden); Catherine Lodge (KV München); sowie 35 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.